

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Zur Bedeutung der deutsch-chinesischen Verkehrsabkommen

Die deutsch-chinesischen Abkommen über Luftfahrt und Verkehr, die beim Staatsbesuch von Bundeskanzler Schmidt in Peking paraphiert wurden, werden nach Ansicht der betroffenen deutschen Verkehrsträger unterschiedlich schnelle Auswirkungen zeigen. Der bilaterale Schifffahrtsvertrag hat derzeit nur Bedeutung für die Hamburger Rickmers-Linie, an der die Reederei Hapag-Lloyd AG eine 70%ige Mehrheitsbeteiligung hält. Rickmers läuft als einziger deutscher Reeder mit fünf eigenen und drei Hapag-Schiffen chinesische Häfen an. Durch den Schifffahrtsvertrag fällt eine Sonderbesteuerung fort, die bisher in Höhe von 3,03% auf den Warenwert der in chinesischen Häfen übernommenen Ladung durch China erhoben wurde. 1974 mußten so bei 16 Abfahrten aus chinesischen Häfen über 400.000 DM entrichtet werden. Ein weiterer Vorteil liegt nach Ansicht der Reederei in der Abmachung, beide Handelsflotten "angemessen" am Ladungsvolumen zu beteiligen. Bisher lag der deutsche Ladungsanteil am Warenaustausch bei 15 bis 20% - den 16 Abfahrten deutscher Schiffe aus chinesischen Häfen standen 1974 etwa 100 Abfahrten chinesischer Schiffe aus deutschen Häfen gegenüber. Rickmers hofft auf 20 Abfahrten in diesem Jahr. Große Bedeutung wird auch der Meistbegünstigungsklausel, den vereinfachten Zoll-Steuer- und Quarantäne-Bestimmungen sowie der "Erleichterung und Beschleunigung des Seetransports" beigemessen. Die Deutsche Lufthansa hat sich mit dem Luftverkehrsabkommen, das einen künftigen Linienflugverkehr zwischen Deutschland und China vorsieht, zunächst nur langfristige Rechte gesichert. Ein Sprecher: "Es wird noch eine Weile dauern, bis wir nach Peking fliegen." (Die Welt, 6.11.1975)

(2) Mao vergleicht Helsinki mit München

Wie der ehemalige Premierminister Edward Heath nach seiner Rückkehr aus China mitteilte, war in seinen Gesprächen mit dem chinesischen Parteivorsitzenden das Wort "München" eine häufig gebrauchte Vokabel bei der Unterhaltung über das Helsinki-Abkommen, und zwar im Sinne eines Ausverkaufs der Europäer, der den Sowjets freie Hand zur Ausdehnung ihres Einflusses im Westen gibt. "Die Chinesen", bemerkte Heath weiter, "glauben, daß es im Interesse der Amerikaner liegt, ihre Streitkräfte in Europa zu behalten." Sie hielten die Gefahr

eines bewaffneten Konflikts zwischen Amerika und der Sowjetunion für durchaus real. "Eine solche Katastrophe ist nicht unvermeidbar", sagte Heath, "aber die Chinesen glauben, daß sie recht daran tun, die Welt auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Die Aufgabe der Weltführer im verbleibenden Viertel dieses Jahrhunderts ist es, sich der Verhinderung dieser Katastrophe zu widmen." (Die Welt, 6.10.1975)

WESTEUROPA

(3) Die "Schweizerische Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker" nimmt zum 25. Jahrestag des Einmarsches chinesischer Truppen in Tibet Stellung

Bei dieser Veranstaltung verurteilte der Präsident der Aktion, Ernst R. Borer, nach einem geschichtlichen Rückblick die von der Internationalen Juristenkommission "als Völkermord festgestellten Verbrechen der chinesischen Aggressoren". Zitat aus der NZZ (9.10.1975): "Wie er erläuterte, sollen bis heute bis zu einer Viertelmillion Menschen umgebracht worden sein. Die Tatsache, daß heute mehr Chinesen als Tibeter in diesem Lande leben, weise auf eine sukzessive Unterjochung Tibets durch die VR China hin. Der Referent widerlegte anhand von Fakten die oft verbreitete These, Tibet sei immer ein Teil Chinas gewesen. Nach neuesten Meldungen soll das tibetische Hochland inzwischen zur stärksten Militärbastion Asiens ausgebaut worden sein. Wie Borer weiter ausführte, hat Peking in diesem Gebiet fünf Armeen mit insgesamt 300.000 Mann stationiert, um den immer noch andauernden Widerstand des tibetischen Volkes zu brechen. Ein Testgelände für Kernwaffen sei im Bau. Der Redner forderte das Schweizer Volk abschließend auf, den Tibetern weiterhin die moralische Unterstützung zu leihen und die großzügige materielle Hilfeleistung weiterzuführen".

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) Moskauer Jubiläumsgrüße an das chinesische Volk

Mit protokollarischer Zuverlässigkeit brachten die Moskauer Zentralzeitungen am 1. Oktober auf der ersten Seite die offizielle sowjetische Grußbotschaft an das chinesische Volk zum 26. Jahrestag der Volksrepublik China. Wie schon in den Vorjahren ist die Glückwunschartikel entgegen den sonst unter sozialistischen Ländern üblichen Gepflogenheiten nur vom Präsidium des Obersten Sowjets und vom

sowjetischen Ministerpräsidenten unterzeichnet, während es die Partei für nicht angebracht hielt, sich diesem formellen Höflichkeitsakt anzuschließen.

„Die Gründung der VR China und ihr Weg des Aufbaus des Sozialismus waren eine historische Errungenschaft der Werktätigen Chinas, die sich unter dem Einfluß der großen sozialistischen Oktoberrevolution zum entschlossenen Kampf für ihre Befreiung erhoben hatten. In allen Phasen des Kampfes war die Sowjetunion der verlässliche Freund der chinesischen Werktätigen“, heißt es in dem kurzen Telegramm, das an das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses und an den Staatsrat der VR China gerichtet war.

„Die Sowjetunion, von den leninistischen Prinzipien in der Außenpolitik geleitet, tritt für die Normalisierung der Beziehungen mit der VR China und für die Wiederherstellung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ein, was den grundlegenden Interessen des chinesischen und des Sowjetvolkes entsprechen würde“ (TASS, engl., 30.9. nach Ostinformationen vom 1.10.1975).

Die aus Anlaß des chinesischen Jubiläums in der „Iswestija“ und in der „Prawda“ erschienenen Artikel lassen indes keinen Zweifel daran, wie es um die gegenwärtige „Normalisierung der Beziehungen“ bestellt ist. Aus einem zusammenfassenden Bericht der NZZ vom 2.10. über die diesbezüglichen sowjetischen Presseaktionen geht hervor, daß Mao Tse-tung und die chinesische Führung nur einmal mehr mit den bekannten sowjetischen Vorwürfen bombardiert werden, wie: Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, Spaltung des sozialistischen Lagers, Anti-Sowjetismus, Chauvinismus und territorialer Machthunger. Laut „Prawda“ erhebt Peking unter anderem Gebietsansprüche gegenüber der Sowjetunion, der Mongolei, Indien, Birma, Vietnam und Japan.

Bei aller Schärfe des regelmäßigen propagandistischen Schlagabtausches ist die Sowjetpropaganda dabei stets darauf bedacht, zwischen der ‚maoistischen Führung‘ und der ‚Masse ihrer Untertanen‘ einen sorgfältigen Trennungsstrich zu ziehen. Nur dem Maoismus, nicht aber dem von seinen Begründern angeblich ins soziale und wirtschaftliche Chaos gestürzten chinesischen Volk, dem man sich in ungebrochener Sympathie verbunden zeigt, gilt die offizielle Ächtung. Daß es dabei mit dem maoistischen Spuk bald ein unrühmliches Ende nehmen werde, gilt dabei für den sowjetischen Journalismus als eine ausgemachte Sache.

Ungeachtet der vielen Fehlprognosen in der Vergangenheit schreibt die „Iswestija“ zuversichtlich: „Die Sowjetleute zweifeln nicht daran, daß alles, was sich gegenwärtig in China abspielt, eine tragische Seite in der Geschichte des chinesischen Volkes darstellt, die früher oder später gewendet werden wird.“

(5) Hsinhua: Sowjetischer Flirt mit Südkorea

Hsinhua glaubt, Anzeichen für eine vorsichtige Fühlungnahme Moskaus mit dem Park-Regime in Südkorea festzustellen. Gestützt auf einen Bericht der japanischen Zeitung Mainichi Shimbun vom 7. Oktober über eine südkoreanische Delegation, welche vom 2. bis 6. Oktober an der Tagung des Weltbundes der UNO-Organisationen teilgenommen hat, liest die chinesische Nachrichtenagentur die Bereitschaft Seouls heraus, „diplomatische Beziehungen“ zur Sowjetunion aufzunehmen.

So habe der südkoreanische Delegationsleiter in einem Interview mit der japanischen Zeitung erklärt, er habe „der Sowjetunion die grundlegende Politik der Regierung der Republik Korea und ihre Bereitschaft, diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen, deutlich zu verstehen gegeben“. Auch der „überaus herzliche“ Empfang, der südkoreanischen Sportlern im September bereitet wurde, sowie der Empfang von „Vertretern der Clique“ anlässlich dieses Ereignisses durch sowjetische Behörden wird als Beweis dafür angeführt, daß Moskau und Seoul in den letzten Jahren „ein immer unerschämteres Zusammenspiel“ betrieben haben. Auch habe erst kürzlich, am 8. Oktober, der südkoreanische Ministerpräsident Kim Chong-pil einem Bericht der südkoreanischen Nachrichtenagentur zufolge erklärt, die Sowjetunion hätte „uns gegenüber in letzter Zeit keine so schlechte Haltung gezeigt.“ (NCNA, 11.10.1975)

(6) Hsinhua: Supranationale Gesellschaften Moskauer Prägung

Unter dem Vorwand, „gemeinsame Unternehmen“ zu errichten und mit anderen Ländern „wirtschaftlich zusammenzuarbeiten“, sei die Sowjetunion seit den Tagen Chruschtschows, vor allem seit Antritt der Herrschaft der „Breschnew-Clique“ dazu übergegangen, Kapital zu exportieren und „die Länder der Dritten Welt auszuplündern und auszubeuten, ebenso wie es die supranationalen Gesellschaften im Westen tun. Seit 1966 haben die sowjetischen Revisionisten neunzehn ‚gemeinsame Unternehmen‘ in 16 Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegründet. Die sowjetischen Kapitalbeteiligungen betragen generell 50-60% des Gesamtkapitals dieser Gesellschaften, so daß sowjetische Vertreter die Schlüsselpositionen in diesen ‚gemeinsamen Unternehmen‘ innehaben. Diese sogenannten ‚gemeinsamen Unternehmen‘ sind eine von den sowjetischen Revisionisten benutzte Form, um industrielles Rohmaterial und die Bodenschätze der Entwicklungsländer auszuplündern“ (NCNA, 4.9.1975).

(7) Interkontinentalraketen gegen Sowjetunion?

Zwei autoritative westliche Quellen wollen davon Kenntnis erlangt haben, daß China im Besitz von Interkontinentalraketen sei. In dem Anfang September veröffentlichten „Military Balance Sheet“ des Londoner Instituts für Strategische Studien (Ausgabe 1975/76) wird darauf hingewiesen, daß die Volksrepublik möglicherweise über mehrstufige Interkontinentalraketen mit einer Reichweite bis zu 5.600 km verfügt, mit der Moskau und Ziele in den meisten Teilen Asiens angegriffen werden könnten. Raketen dieser Art seien jedoch noch nicht in Stellung gebracht.

Nach einem Bericht der Aviation Week hat China zwei ballistische Langstreckenraketen entwickelt, mit denen Moskau und die wichtigsten Industriezentren der Sowjetunion erreicht werden können.

In seiner jüngsten Ausgabe meldet die amerikanische Fachzeitschrift, die Geschosse trügen die Typenbezeichnung CSS-X-3 und befänden sich in unterirdischen Depots. Sie hätten eine Reichweite von mehr als 5000 km und trügen einen nuklearen Sprengkopf mit einer Sprengkraft von drei Megatonnen. Für eine dritte derartige Rakete sei bereits ein

Depot angelegt worden, doch könne es wegen technischer Schwierigkeiten noch nicht benutzt werden.

Die Zeitschrift berichtete ferner, die Sowjetunion wolle möglicherweise ein zweites Radarverteidigungssystem aufbauen, um der chinesischen Bedrohung zu begegnen. Entsprechende Schritte habe die Moskauer Delegation bei den Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über eine Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) nicht ausschließen wollen. Moskau erwäge insbesondere die Errichtung einer neuen Startrampe für antiballistische Raketen (ABM). Beide Maßnahmen würden von dem gegenwärtig gültigen SALT-Abkommen nicht gedeckt (SZ, 15.10.1975).

(8) Jugoslawisches Lob und sowjetische Kritik für Pekings Politik gegenüber den Blockfreien

Die Belgrader Tageszeitung BORBA würdigte am 15. Oktober in einem längeren Artikel aus Anlaß des Besuches Dzemal Bijedics in Peking die Haltung Pekings gegenüber den Blockfreien. In dem Artikel, der von Tanjug in englischer Sprache verbreitet wurde, wird der Besuch des jugoslawischen Außenministers als "wichtigstes Ereignis in den jugoslawisch-chinesischen Beziehungen" bezeichnet, was hauptsächlich darauf beruhe, daß "die jugoslawisch-chinesischen Gespräche eine bessere gegenseitige Verständigung und engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ermöglichen.

Sie verleihen den komplizierten internationalen Beziehungen eine neue Dimension - eine Dimension, die von sehr großem Interesse ist." Die Belgrader Zeitung hebt dabei die außerordentliche Rolle Chinas hervor, das "im vergangenen Zeitraum eines der zuverlässigsten Hindernisse gegen den Angriff des Imperialismus in Asien und ein wertvoller Friedens- und Stabilisierungsfaktor im Fernen Osten war". "Was seine gegenseitigen Beziehungen zu anderen Ländern anbelangt", heißt es weiter, "so hat China fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz propagiert. In diesem Rahmen ist die Volksrepublik China eine Stütze der Einheit und Zusammenarbeit der 'Dritten Welt' und aller Entwicklungsländer, ein Gegengewicht zum Imperialismus und zur Hegemonie."

"Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache", schreibt das Blatt weiter, "daß Peking im Rahmen seiner außenpolitischen Orientierung zur Politik der Blockfreiheit eine positive Haltung einnimmt. China respektiert die jugoslawische Politik der Blockfreiheit nicht nur als eine der internationalen Realitäten und besonderen Gegebenheiten, sondern auch als Faktor, der breiteste internationale Interessen vertritt, der die größte Unterstützung genießt und ein unersetzbares Instrument des Kampfes gegen den Imperialismus und die Hegemonie ist" ...

Während es keinen "Grund für irgendwelche Spekulationen und Einmischung gibt, die in einigen ausländischen Kommentaren insbesondere in Bezug auf die 'Dritte Welt' erschienen", schreibt BORBA abschließend, daß die "Prinzipien der Spannungsminderung, der Unabhängigkeit und Nicht-einmischung mit allen ihren Konsequenzen akzeptiert werden müssen, umso mehr als ... es keine andere Alternative im Kampf um Frieden und Fortschritt gibt" (MD, 16.10.75).

Einen ganz anderen Ton schlägt dagegen die Moskauer Wochenschrift NOWOJE WREMJA an, welche gleichfalls am 15.10. in einem von TASS auf russisch verbreiteten Artikel Pekings Politik gegenüber den Blockfreien am Beispiel Indiens kritisiert.

NOWOJE WREMJA wirft der Politik Pekings gegenüber den blockfreien Staaten vor, daß man sich bemühe, sie auf eine "neutralistische Politik hin zu orientieren". Die Maoisten versuchten, die Bewegung der blockfreien Staaten in die Rolle des neutralen, passiven Beobachters der Weltereignisse zu versetzen und ... sie der Tradition der aktiven Beteiligung am Kampf gegen den Imperialismus und Neokolonialismus, für Frieden und Freiheit der Völker zu berauben.

Die chinesische Führung habe aber auch noch etwas anderes vor, fährt die Moskauer Zeitschrift fort, nämlich einen Keil zwischen die blockfreien Staaten und die sozialistischen Staaten zu treiben. Zu diesem Zweck würden Teilnehmern der Bewegung der Blockfreiheit verstärkt die Konzeptionen von den 'beiden Supermächten' und von den 'reichen und armen Ländern' sowie vom Kampf gegen den berüchtigten 'Hegemonismus' aufgetischt. Es gehe hier um den unverhohlenen Versuch, die gegenwärtige Richtung der Bewegung der Blockfreiheit zu ändern und sie in eine Bahn zu lenken, welche dem Peking Kurs - dem Paktieren mit den reaktionären imperialistischen Kreisen - entspreche.

Mit besonderer Heftigkeit setze Peking dabei die Angriffe gegen Indien fort, wo durch die entschlossenen Maßnahmen der Regierung Indira Gandhis sowohl der rechten Reaktion als auch den extremistischen pro-chinesischen Kräften ein schwerer Schlag versetzt worden sei. Die blockfreien Staaten seien aber bestrebt, heißt es abschließend, die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu erweitern und zu festigen.... Die sozialistischen Staaten tragen nach wie vor für die Staaten ein, die den Kurs der Blockfreiheit befolgten. (MD, 16.10.1975)

(9) Wandel der chinesisch-jugoslawischen Beziehungen. Bijedic in Peking

Am 6. Oktober traf der jugoslawische Ministerpräsident Bijedic zu einem offiziellen Besuch in Peking ein. Bijedic ist der erste jugoslawische Premier, der die Volksrepublik besucht. Die von Chou En-lai ausgesprochene Einladung bedeutete zugleich auch eine Anerkennung der jugoslawischen Politik der Blockfreiheit, nicht jedoch eine ideologische Annäherung. Nach wie vor gilt die jugoslawische Politik als "revisionistisch", auch wenn dies seit 1970 nicht mehr offen ausgesprochen wird.

Der offene ideologische Konflikt zwischen Jugoslawien und China hatte am 26. September 1963 begonnen, als das chinesische ZK seinen "III. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU" abgab, dessen Überschrift "Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?" mit Nachdruck verneint wurde. Die Chinesen warfen den Jugoslawen damals eine "Entwicklung des Privatkapitalismus in den Städten und auf den Dörfern" vor, kritisierte die "Entartung der sozialistischen volkseigenen Wirtschaft zu einer kapitalistischen Wirtschaft", bezeichnete den Balkanstaat als einen "Vasallen des US-Imperialismus" und einen "konterrevolutionären Sondertrupp des US-Imperialismus". Die Diktatur des Proletariats sei zu einer "Diktatur der Bourgeoisie degeneriert". Tito betrachte Chruschtschow "als seinen Lehrmeister" etc. etc.

("Die Polemik über die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung", Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1965, S.157-206).

Tito wurde von da an zum "Prügelknaben" der chinesischen Ideologie-Propaganda. Erst mit Beginn der zweiten sino-sowjetischen Eiszeit, vor allem nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag und nach den Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion am Ussuri schaltete Peking auf eine neue Jugoslawienpolitik um. Der Balkanstaat galt zwar nach wie vor als revisionistisch, wurde jetzt jedoch als potentieller Verbündeter in einer antisowjetischen Einheitsfront betrachtet. Seit 1970 auch begann ein Tauwetter in den diplomatischen Beziehungen. Beide Staaten fingen an, nachdem ihre offiziellen Verbindungen jahrelang eingefroren waren, wieder auf Botschafter-Ebene miteinander zu verkehren. Das Handelsvolumen stieg von 1,6 Mio. US \$ im Jahre 1969 auf 174,6 Mio. US \$ im Jahre 1974. Jugoslawien erhielt vor allem umfangreichere chinesische Aufträge für den Bau von Schiffen.

Die JMJP schlug schon gleich bei der Ankunft des Ministerpräsidenten den gewünschten Ton an (JMJP, 6.10.1975). Die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten betrieben ihre expansionistischen Pläne mit Volldampf. Sie möchten am liebsten den ganzen Erdball verschlingen. Um ihren Rivalen, den US-Imperialismus, militärisch zu überwältigen, hätten sie sich in ein fieberhaftes Wettrüsten und in Kriegsvorbereitungen gestürzt. Europa liege bei diesen Auseinandersetzungen im Mittelpunkt. Im Norden dehne sich die sowjetische Marinertätigkeit bis zur Grönland-Insel-Faröer-Insellinie aus. Im Süden strenge sich Moskau vor allem im Mittelmeer an und versuche, den Balkan und die iberische Halbinsel in die Hand zu bekommen. Düstere Wolken zögen sich über dem gesamten europäischen Kontinent zusammen, und neue Stürme seien im Kommen. Alle Völker der Welt, u.a. auch Jugoslawien, müßten ihre Wachsamkeit erhöhen und ihre Verteidigungskapazität verstärken.

Am Vortag bereits hatte JMJP (5.10.1975) freundliche Worte für Jugoslawien gefunden: "Das jugoslawische Volk hat eine ruhmreiche revolutionäre Tradition. Es liebt glühend Unabhängigkeit und Freiheit und haßt Aggression und Intervention. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trotzte das jugoslawische Volk unter Führung des Marschalls Tito brutaler Gewalt und griff zu den Waffen, um einen heroischen Kampf gegen interne und äußere Feinde zu führen..... Seit der Befreiung errang das jugoslawische Volk beim Aufbau seiner Wirtschaft und nationalen Verteidigung große Erfolge. Industrie und Landwirtschaft entwickelten sich ständig. In ihrer Außenpolitik verfolgt die jugoslawische Regierung eine Politik der Blockfreiheit..... Die Balkan-Halbinsel, die eine sehr wichtige strategische Position in Europa einnimmt, war stets Schauplatz des Machtkampfes zwischen den imperialistischen Mächten. Das jugoslawische Volk, das stets großen Wert auf seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit legte, ist zur Stärkung der nationalen Einheit und der Verteidigungsbereitschaft durch das ganze Volk entschlossen. Es ist zu jeder Zeit bereit, ausländischer Aggression und Intervention mit Widerstand entgegenzutreten (NCNA, 6.10.1975).

Der jugoslawische Ministerpräsident wurde am 8.10. auch von Parteichef Mao Tse-tung empfangen. Dieser Besuch war offensichtlich nicht im voraus abgesprochen worden. Spekulationen gehen nun schon dahin, daß Mao Tse-tung dem Ministerpräsidenten eine Einladung für Marschall Tito übergeben hat, so daß es vielleicht sogar noch zu einem Treffen der beiden

bedeutendsten, aus den Anfangsjahren der kommunistischen Bewegung noch überlebenden Persönlichkeiten kommen könnten.

NORDAMERIKA

(10) Peking beschuldigt Washington wegen der Duldung eines "Tibet-Büros" der Einmischung

Fünf Tage vor dem Besuch Außenminister Kissingers in Peking hat China den Vereinigten Staaten "unverhüllte Einmischung" in seine inneren Angelegenheiten und eine "flagrante Verletzung" des Shanghaier Communiques von 1972 vorgeworfen.

Die in einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums enthaltenen Vorwürfe richten sich gegen die, wie es heißt, "Duldung und Unterstützung der Tätigkeit tibetischer Verräter in den Vereinigten Staaten durch die US-Regierung".

In der von Hsinhua am 13.10. verbreiteten Erklärung, welche den vorgesehenen Besuch Kissingers nicht erwähnte, hieß es, das chinesische Verbindungsbüro in den Vereinigten Staaten habe das State Department am 30. Juli 1975 auf den "unhaltbaren Zustand" hingewiesen, daß ein sogenanntes "Tibet-Büro" in der Stadt New York "Nachrichtenbulletins, in denen unser sozialistisches Vaterland in jeder erdenklichen Weise verleumdet wird", in Umlauf bringe. In den "Bulletins" werde das "Büro" als "Vertretung" des Verräters Dalai ((Lama)) bezeichnet, das gemäß den Bestimmungen des US-Registrierungsgesetzes für ausländische Vertretungen registriert und im US-Justizministerium archiviert werde. Das State Department habe demgegenüber eine Antwort auf die chinesischen Vorstellungen mit der Ausflucht verzögert, die Angelegenheit müsse geprüft werden.

Weiter wird in der Erklärung des chinesischen Außenministeriums ausgeführt, auf die Nachricht hin, daß ein tibetisches Folklore-Ensemble Mitte Oktober eine Amerikatournee antreten werde, habe man die Forderung nach Schließung des "Tibet-Büros" wiederholt und die Absage der Tournee verlangt. Das State Department habe dagegen erst am 24. September geantwortet, jedoch "schamlos versichert", daß die Tätigkeit der Exil-Tibeter in Einklang mit den Gesetzen und der Verfassung der USA stünden. Ein weiterer Protest vom 8. Oktober sei unbeantwortet geblieben.

In der Erklärung des chinesischen Außenministeriums wird Tibet als "unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums seit altersher" bezeichnet. Der Feudalismus sei abgeschafft und der Sozialismus aufgebaut worden, seitdem das Gebiet 1965 für autonom erklärt wurde.

"Wie eine Verschwörung von Eintagsfliegen einen Baumriesen nicht zu Fall bringt, so wird auch das verräterische Treiben des Dalai ((Lama)) und seinesgleichen den Fortschritt des sozialistischen neuen Tibet in keiner Weise beeinträchtigen können. ... Jegliche ausländische Kräfte, die versuchen, sich zur Erreichung ihrer eigenen Ziele der Dalai-Verräter zu bedienen, sind zum Scheitern verurteilt."

Während das State Department den chinesischen Protest inzwischen zurückgewiesen hat, versicherte George Bush, der amerikanische Chef des US-Verbindungsbüros in Peking, daß die "Gesamtbeziehung" zwischen beiden Staaten von solcher

Bedeutung ist, "daß sie über jeden Zwischenfall dieser Art - möge er auch noch so unerfreulich sein - hinausreicht" (IHT, 17.10.1975). Dennoch wird in einem Bericht der New York Times nicht ausgeschlossen, daß die diplomatische Verstimmung auch eine wachsende Unzufriedenheit der chinesischen Führung gegenüber den sino-amerikanischen Beziehungen widerspiegelt.

AFRIKA UND NAHOST

(11) Neue Positionen Pekings gegenüber zwei der heikelsten außenpolitischen Probleme: Israel und Südafrika

Bei seiner Auseinandersetzung mit Moskau sieht Peking sich veranlaßt, Gegenpositionen in allen nur denkbaren Fragen aufzubauen und dabei keine Nische mehr frei zu lassen. Dieser Hang zur "Systematik" hat die Chinesen inzwischen dazu veranlaßt, zwei der außenpolitisch unangenehmsten Probleme aufzugreifen und in antisowjetischem Sinne zu beantworten: Israel und Südafrika.

Was die Israelfrage anbelangt, so hat der chinesische Außenminister Chiao Kuan-hua bei seiner UNO-Rede zwar nach wie vor die alte chinesische Formel vom Kampf des "palästinensischen Volkes und der arabischen Völker gegen den israelischen Aggressor" verwendet (PRu 1975 Nr.40, S.15), (dazu Dokument "Chiao-Rede".....). In der inzwischen so viel diskutierten Geheimrede vor chinesischen Spitzenfunktionären hat Chiao jedoch deutlich gemacht, daß Israel von China als fait accompli anerkannt werden müsse und daß es sich ja im übrigen auch als nützlicher antisowjetischer Baustein in Mittelost erweise. Im übrigen komme es überhaupt nicht darauf an, ob die arabische oder aber die israelische Seite in Nahost siege. Entscheidend sei vielmehr, ob es den dortigen Völkern gelinge, die Supermächte, vor allem die Sowjetunion, zu verdrängen. Nicht dem Kampf gegen Israel, sondern gegen hegemonistische Bestrebungen Moskaus müsse in Zukunft also Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Noch bemerkenswerter ist Pekings neue Haltung gegenüber den "weißen Rassisten" in Südafrika. Befürwortete es bisher stets den "bewaffneten Kampf" gegen Pretoria, so tritt es nunmehr - angesichts der "konterrevolutionären Doppeltaktik" der dortigen Regierung (Verhandlung mit afrikanischen Staatsmännern, zugleich aber auch bewaffneter Kampf gegen Emanzipationsbestrebungen in Südafrika) für eine "revolutionäre Doppelstrategie" ein, bei der der bewaffnete Kampf zwar nach wie vor im Vordergrund stehen müsse, die aber Verhandlungen keineswegs ausschließe. Kämpfen und Verhandeln lautet also die neue Parole. Durch Starrsinnigkeit bei Verhandlungen isolierten sich die weißen Regimes in Afrika noch stärker, als sie es bisher schon getan hätten. Es ist bezeichnend, daß Chiao Kuan-hua diesen Standpunkt sogar in seiner UNO-Rede öffentlich verkündete (PRu 1975 Nr.40, S.13).

Sowohl in der Israel - als auch in der Südafrika-Frage zeigt sich die VR China m.a.W. weitaus flexibler als Moskau, das einen starr-einseitigen Vernichtungskurs steuert.

(12) Angola: MPLA macht Peking Vorwürfe

Während einer Großkundgebung in Luanda am 4. Oktober, an der Präsident Agostino Neto und andere Mitglieder des Politbüros der moskauhörigen MPLA und des Generalstabs der An-

golanischen Befreiungsarmee teilnahmen, wurde u.a. ein Antrag verabschiedet, welcher der chinesischen Regierung vorwarf, daß sie "die Lakaien des Imperialismus unterstützt hat und damit eine Haltung gezeigt hat, die das angolische Volk, unabhängig von seiner tiefen Achtung vor dem heldenhaften chinesischen Volk und seiner revolutionären Avantgarde, weder verstehen noch akzeptieren kann....."

Wie es in dem Bericht von Radio Luanda vom 5.10. ferner heißt, beschlossen die "Volksmassen" von Luanda, "das chinesische Volk und die chinesische KP anläßlich des Jahrestages der Machtübernahme letzterer zu grüßen und die chinesische Regierung aufzufordern, sofort ihre Unterstützung der UPA/FLNA/UNITA einzustellen und die MPLA anzuerkennen, ebenso wie das angolische Volk die legitime revolutionäre Avantgarde des chinesischen Volkes anerkannt hat...." (MD, 13.10.1975).

(13) Chinesische FNLA-Ausbilder aus Zaire abgereist

Die im letzten Jahr nach Zaire entsandte Gruppe chinesischer Militärexperten ist am 27.10. via Paris nach Peking zurückgereist. Aufgabe der chinesischen Ausbilder war es gewesen, Soldaten der ALNA, einer militärischen Abteilung der Nationalen Front für die Befreiung Angolas, FNLA, in Zusammenarbeit mit Instruktoressen aus Zaire im Umgang mit militärischer Ausrüstung auszubilden.

In einem von Radio AZAP aus Kinshasa übermittelten Bericht äußerte sich der Leiter der chinesischen Gruppe, Li Tung, kurz vor dem Abflug erfreut über den angenehmen Aufenthalt in Zaire und dankte Präsident Mobutu sowie dem FNLA-Präsidenten Holden Roberto für "ihre ständige Fürsorge, die es ihnen ermöglicht hätte, ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den zwischen den verschiedenen Seiten unterzeichneten Abkommen zu erfüllen."

"Die Einheit zwischen den Völkern Zaires, Angolas und Chinas wird trotz der großen Entfernung, die uns trennt, ewig dauern", sagte Li Tung.... Er versicherte ferner FNLA-Präsident Holden Roberto und das angolische Volk der immerwährenden Freundschaft (MD, 19.10.1975).

ASIEN

(14) China und Bangla Desh nehmen diplomatische Beziehungen auf

Am 4. Oktober unterzeichneten die Außenminister Chinas und Bangla Deshs in New York, wo beide sich zur Teilnahme an der UNO-Vollversammlung aufhielten, ein gemeinsames Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Das Kommuniqué lautet: "Die Regierung der VR China und die Regierung der Volksrepublik Bangla Desh haben beschlossen, mit Wirkung vom 4. Oktober 1975 diplomatische Beziehungen aufzunehmen und Botschafter auszutauschen" (NCNA, 6.10.1975). Die Zwei-China-Problematik wurde in dem Dokument nicht angesprochen. Noch im Jahre 1972 hatte Peking ein Veto gegen die Aufnahme Bangla Deshs in die UNO eingelegt, weil es den Staat als ein Produkt der indisch-sowjetischen Kollaboration bezeichnete, dessen offizielle Regierung etwa einen ähnlichen Stellenwert einnehme wie seinerzeit die Regierung des 1932 von den Japanern etablierten Kaiserreiches Manchukuo. Nachdem sich

jedoch Chinas bester Verbündeter in Südasien, Pakistan, mit Bangla Desh - dem ehemaligen Ostpakistan, das sich im Dezember-Krieg 1971 von Ravalpindi losgerissen hatte, anerkannt hatte, waren auch die Hindernisse für eine Annäherung zwischen Peking und Dacca beseitigt.

(15) Protest Nagasakis gegen den chinesischen Atombombenversuch

Am 27.10. hat die Volksrepublik China einen neuen Atomtest unter der Erde unternommen. Es war der zweite Nukleartest dieser Art, den China machte. Der erste unterirdische Atomtest hatte im September 1969 stattgefunden. Seit 1964 wurden insgesamt 17 chinesische Atomversuche gemeldet. Nach den Messungen des Indischen Instituts für Atomforschung betrug die Sprengkraft bei den jetzigen chinesischen Tests 20.000 t TNT. Der Test soll in der Provinz Sinkiang stattgefunden haben. Nach wie vor gilt im Zusammenhang mit den Atomversuchen die Erklärung der Chinesen, daß sie niemals als erste Nuklearwaffen anwenden würden und sich um ein allgemeines Verbot und die totale Vernichtung aller vorhandenen Kernwaffen bemühen (NCNA, 27.10., TK, 28.10.1975).

In einem Telegramm an den chinesischen Botschafter in Tokio hat die Vereinigung 'Nagasaki Selbst-Atombombenopfer' gegen den jüngsten Kernversuch Chinas protestiert. In einer Meldung von Radio Japan vom 29. Oktober heißt es, daß die Bevölkerung der Stadt in dem Protestschreiben von China eine Haltung erwarte, die zum totalen Verbot von Kernwaffen führe. Das Telegramm ist vom Oberbürgermeister und vom Stadtratsvorsitzenden unterzeichnet (MD, 30.10.1975).

(16) China und die Korea-Frage: Prinzipieller Standpunkt Pekings

In seiner Grundsatzrede vom 26. September vor der UNO-Vollversammlung widmete sich der chinesische Delegationsleiter und Außenminister eingehend auch der Korea-Frage. Der entsprechende Resolutionsentwurf, der von Algerien, China und einigen anderen Staaten eingebracht worden war, schlug vor

- das UNO-Kommando aufzulösen (Begründung: Es sei das Trojanische Pferd für die Legalisierung des Verbleibens der US-Truppen in Südkorea und zur Schaffung von zwei Koreas);
- alle unter der UNO-Flagge in Südkorea stationierten ausländischen Truppen abziehen (diese Frage hätte eigentlich bereits innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des koreanischen Waffenstillstandsabkommens von 1953 erfolgen müssen);
- und das Waffenstillstandsabkommen von 1953 durch ein Friedensabkommen, das von den tatsächlich am koreanischen Waffenstillstandsabkommen Beteiligten unterzeichnet werden soll, zu ersetzen (Korea dürfe nicht ewig in einem Zustand des Waffenstillstands bleiben. Entsprechend dem Waffenstillstandsabkommen sollte eigentlich nach dem Waffenstillstand von 1953 eine politische Konferenz auf höherer Ebene über die Lösung der Korea-Frage abgehalten werden. Wegen der Sabotage-Akte der USA sei jedoch nicht einmal eine vorbereitende Konferenz zustande gekommen);
- in dem Resolutionsantrag wurden auch noch eine Reihe von positiven Maßnahmen wie die Beseitigung der Spannungen zwischen dem Süden und dem Norden, die Verhütung militärischer Zusammenstöße und die Förderung der Normalisierung

der Lage vorgeschlagen. Man erhoffe sich im Falle einer Verabschiedung des Entwurfs nicht nur eine Besserung der Lage auf der koreanischen Halbinsel, sondern in ganz Nordostasien.

Stets müsse im Auge behalten werden, daß die Einmischung der USA in Korea die Wurzel der andauernden Spannungen in Korea sei. Daher liege der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung der Korea-Frage im Abschluß eines Friedensabkommens, welches das Waffenstillstandsabkommen ersetzt, und im Abzug aller US-Truppen (PRu 1975 Nr.40, S.13f.).

(17) Vietnam: Spratley-Inseln an China?

Nach Angaben des amerikanischen Geheimdienstes soll die Regierung Nordvietnams in Übereinstimmung mit Südvietnam bereit sein, die von vietnamesischem Militär besetzten Spratley-Inseln - chinesisch Nan-sha-Inseln - an die Volksrepublik China abzutreten. Die Nan-sha-Inseln stellen die südlichste Inselgruppe im Südchinesischen Meer dar, die seit den frühen fünfziger Jahren von der VR China als chinesisches Hoheitsgebiet beansprucht werden. Sie sind insofern von besonderer strategischer Bedeutung, als ihre geographische Lage vor der Küste Nord-Borneos und westlich des philippinischen Archipels der VR China einen Fußpunkt inmitten des südostasiatischen Inselbereiches sicherstellen. Um die verschiedenen Inselgruppen im Südchinesischen Meer war es bereits im Januar 1974 zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den südvietnamesischen Truppen der damaligen Thieu-Regierung und Einheiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee gekommen. Das südvietnamesische Militär hatte sich von den Paracel-Inseln - chinesisch Hsi-sha-Inseln - zurückziehen müssen. Die Hsi-sha-Inseln sind in der Zwischenzeit von chinesischer Seite ausgebaut worden und dienen als Ausgangspunkt für Ölbohrungen auf dem südchinesischen Festlandssockel. Im Gegensatz jedoch zu den Hsi-sha-Inseln hatten revolutionäre vietnamesische Truppen die Nan-sha-Inseln nach dem Fall Südvietnams besetzt und als vietnamesisches Hoheitsgebiet beansprucht. Die jetzt mögliche Überlassung der Inselgruppe an die VR China läßt sich u.a. daraus erklären, daß der ökonomische Wert (vermutete Öllager) geringer wiegen könnte als die Gefahr eines politischen Konfliktes mit der VR China (Le Monde, 23.10.1975).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(18) UNO-Vollversammlung Chinas außenpolitisches Grundsatzprogramm

Am 26. September hielt Chiao Kuan-hua bei der UNO-Vollversammlung seine seit 1972 schon zur Tradition gewordene Grundsatzrede.

Zu Beginn des Referats wies er auf die "lichten Perspektiven" der Entwicklung in der Dritten und Zweiten Welt hin, wobei er die Erfolge der "Drei Völker Indochinas", die Gründung der neuen Staaten Mozambique, Kapverden, Sao Tome und Principe, der Comoren und Papua-Neuguineas sowie den Dialog zwischen der Zweiten und Dritten Welt besonders hervorhob. Sodann kam er auf die beiden Supermächte zu sprechen, die sich immer mehr in Richtung auf einen Krieg zubewegten. Sie betreiben "Entspannung in Worten, Expansion in der Tat". Die Sowjetrevisionisten seien hierbei dazu übergegangen, die KSZE nun

auch den Asiaten schmackhaft zu machen und ihr "asiatisches kollektives Sicherheitssystem" schneller voranzutreiben. "Aber in Asien ist es anders als in Europa." Hier werde man darauf achten, "den Tiger nicht durch die Hintertür hereinzulassen, während der Wolf zur Vordertür hinausgetrieben wird". Die Sowjetunion darf m.a.W. nicht das "Vakuum ausfüllen", das die USA in Asien hinterlassen. Die Haltung Chinas zum Kollektiven Sicherheitssystem sei einfach und klar: "Erstens: Wir sind dagegen; zweitens: Wir verachten es."

Auch wenn die Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion eine Zeitlang zur Ruhe komme, bleibe die Kriegsgefahr doch nach wie vor bestehen. Das "Gleichgewicht der Kräfte" ("Gleichgewicht des Schreckens") sei nur "vorübergehend und oberflächlich", während die Konflikte konstant seien. "Der Inhalt imperialistischer Politik ist Welthegemonie, und die Fortsetzung dieser Politik ist der imperialistische Krieg." Schon jetzt setzten beide "wahnwitzig ihre Rivalität und Aufrüstung fort weit über die Bedürfnisse ihrer Verteidigung hinaus..."

Die Völker der Welt hätten sich auf einen solchen Krieg "vorzubereiten". Möglicherweise könne dann die Revolution den Krieg verhindern: "Heute vermehren sich im Weltmaßstab sowohl die Faktoren für die Revolution als auch die für den Krieg. Ganz gleich, ob der Krieg die Revolution auslöst oder die Revolution den Krieg verhindert, die internationale Lage entwickelt sich stets zugunsten der Völker. Die Zukunft der Welt ist auf jeden Fall licht."

Sodann geht Chiao Kuan-hua auf fünf aktuelle Fragen ein:

1. Die Frage des Kampfes gegen den Kolonialismus. Hier wird besonders die Haltung der Sowjetunion in Angola kritisiert. Indem Moskau eine Organisation als revolutionär bezeichne und sie mit Waffen beliefe, während sie die andere als reaktionär beschimpfe, betreibe sie vorsätzlich die Spaltung zwischen den eigentlich durchweg revolutionären Kräften.

Chiao geht ferner auf die Gipfelkonferenz der OAU von 1975 ein und "unterstützt sie von ganzem Herzen", vor allem in der Rhodesien- und Südafrika-Frage. Der "konterrevolutionären Doppeltaktik" der dortigen Regimes (Verzögerungsverhandlungen und Waffengewalt) müsse man eine "revolutionäre Doppeltaktik" (Verhandlung und Waffen) entgegensetzen, wobei der "bewaffnete Kampf" das Wesentliche sei.

2. Zur Korea-Frage vgl. unten Ü 16.

3. Die "Mittelost-Frage" sei das Ergebnis der Rivalität der Supermächte. Beide Mächte hätten ein Interesse daran, im Mittleren Osten einen Zustand "Weder Krieg noch Frieden" aufrechtzuerhalten - kurze Kämpfe, gefolgt von einer Periode des Waffenstillstands, sowohl Krieg als auch Frieden unter ihrer Kontrolle. Unter Ausnutzung dieser Lage ringen sie im Mittleren Osten um Einflußsphären, strategisch wichtige Positionen und Erdölressourcen. "Gleichzeitig erzielten sie mit der 'Verschacherung von Rüstungsgütern' Riesenprofite...." und "nutzen die Lage aus, um neue Waffen zu erproben und einen neuen, noch größeren Krieg vorzubereiten."

4. Die Abrüstungsfrage. Es müsse eine "echte Abrüstung" und "keinesfalls eine Scheinabrüstung" angestrebt werden. "Wir sind gegen die Scheinabrüstung und noch mehr gegen den Versuch der Sowjetunion, hinter dem Deckmantel einer Abrüstungskonferenz die Wahrheit über ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu verschleiern." Das Ergebnis jeder Abrüstungsverschleierung sei letztlich Krieg, wie die Erfahrungen des Völkerbundes

zeigten. Damals habe eine großangelegte internationale Abrüstungskonferenz stattgefunden, deren Ergebnis Aufrüstung, nicht jedoch Abrüstung, und Krieg, nicht jedoch Frieden, gewesen sei.

Der Standpunkt Chinas zu einer Weltabrüstungskonferenz: "Eine solche Konferenz muß ein klares Ziel und die notwendigen Voraussetzungen haben. Das klare Ziel ist das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung von Kernwaffen und keinesfalls die sogenannte Beschränkung der strategischen Waffen. Die notwendigen Voraussetzungen sind: Alle Nuklearmächte, vor allem die beiden Nuklearsupermächte, die Sowjetunion und die USA, müssen sich zuerst eindeutig verpflichten, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen anzuwenden, dies besonders den nicht nuklearen Ländern und den kernwaffenfreien Zonen gegenüber. Sie müssen alle ihre Streitkräfte, die Raketen- und Kernwaffentruppen mit einbegriffen, vom Ausland zurückziehen und alle ihre auf Territorien anderer Länder errichteten Militärbasen einschließlich der Kernwaffenbasen abbauen."

5. Zur Entwicklungsfrage: Bei der Gestaltung des Wirtschaftsverhältnisses zwischen entwickelten und unterentwickelten Industriestaaten gebe es zwei fundamental verschiedene Positionen: Die eine sei die des Dialogs, die andere die der Konfrontation. Die Länder der Dritten Welt untereinander, aber auch die Staaten der Zweiten und Dritten Welt, seien zunehmend mit der Anbahnung eines Dialogs auf der Grundlage der Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens beschäftigt, während die Supermächte immer noch auf Konfrontation hinstrebten.

Chiao Kuan-hua schloß seine Rede mit dem Vorschlag, die nunmehr 30 Jahre alte UNO-Charta zu revidieren. Sie solle "der geänderten Situation angepaßt werden". Vor allem komme es darauf an, die Befugnisse der UNO-Vollversammlung zu erweitern und gleichzeitig die Rechte des Sicherheitsrates einzuschränken sowie seine Zusammensetzung zu ändern. Revisionsbedürftig sei das Veto-Recht der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, das abgeschafft, zumindest aber beschränkt werden müßte (PRu 1975 Nr. 40, S. 18).

Chiao Kuan-hua verlangte m.a.W. eine Fundamental-Demokratisierung der Weltgemeinschaft.

China, das ja selbst Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates ist, wolle gern auf seine Vorrechte verzichten und sich der "angeblichen Tyrannei der Mehrheit" beugen. Als Bremse wirkten hier allerdings die "beiden Supermächte", die eine "tödliche Angst" davor hätten, "des Privilegs beraubt zu werden, ihr Veto-Recht zu mißbrauchen." An die Adresse Moskaus richtete Chiao die Frage: "Wenn ihr so sicher seid, die Wahrheit gepachtet zu haben, warum fürchtet ihr dann abweichende Ansichten so sehr?"

China hat seit seinem Beitritt zur UNO am 25. Oktober 1971 nie aufgehört, die Weltorganisation zu revolutionieren und zwei "Arbeitsstile" durchzusetzen, die sich in der Volksrepublik seit Jahren bewährt haben, nämlich erstens die sogenannte "Massenlinie" und zweitens das Prinzip der "Kritik und Verurteilung". Der Führungsstil der "Massenlinie" gebietet es - auf den internationalen Bereich übertragen - die Meinung jedes Staates, und sei er noch so unbedeutend, "zu sammeln, zu konzentrieren und sie wieder in die Massen (d.h. hier also, die Gemeinschaft der Staaten) hineinzutragen". Durch diesen Prozeß

soll die objektive Interessenlage der kleinen Staaten artikuliert werden, selbst wenn diese manchmal abweichende, subjektive Bestrebungen erkennen lassen.

Dieser "Massenlinien"-Gedanke macht es auch verständlich, daß die Volksrepublik beispielsweise nukleare Abrüstungsverhandlungen nicht im kleineren Kreis der Atomwaffenbesitzer, sondern nur auf einer sogenannten Gipfelkonferenz aller Länder führen will.

Der zweite Arbeitsstil heißt "Kritik und Verurteilung".

Die Chinesen sind es von ihrer innenpolitischen Praxis her gewohnt, die in jedem Problembereich liegenden "Widersprüche" jeweils so weit zu polarisieren, daß "zwei Linien", nämlich eine richtige und eine falsche, holzschnittartig hervortreten. Neutrale mittlere Positionen stehen hierbei nicht zur Debatte.

Die Taktik der Polarisierung ist dabei in der Weise zu dosieren, daß die beiden "Supermächte", vor allem die "Sozialimperialisten", auf dem Parkett der UNO jeweils an die Wand gedrängt, also zum Gegenstand der "Kritik und Verurteilung" - in erster Linie durch die Drittländer - werden. In jedem vor der Weltorganisation auftauchenden Themenbereich, sei es nun die Abrüstung, die Rohstofffrage oder der Entwicklungskomplex, sollen die Länder der Zweiten und Dritten Welt mit dem Ziel "maximal vereinigt" werden, die beiden Supermächte "maximal zu isolieren". Sollten sich die Vorschläge zur Änderung der UNO-Charta eines Tages realisieren, so würde das Durchsetzungspotential Chinas in der UNO noch gesteigert. Zumindest mit seiner heutigen Politik ist Peking noch fest davon überzeugt, die Interessen der gesamten Dritten Welt zu vertreten und deshalb vor grundlegenden Demokratisierungsprozessen keine Angst haben zu müssen.

(19) China auf der 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung (Ende am 16. September)

Bereits auf der 6. Sondertagung der UNO-Vollversammlung hatten die Länder der Dritten Welt, vor allem die "Gruppe der 77", ein "Aktionsprogramm" und eine "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" vorgelegt (abgedruckt in C.a. 1974, S.380 ff.).

Im Geiste dieser beiden Resolutionen lief auch die 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung weiter. Wichtige Themen waren: Internationaler Handel, Transfer von Ressourcen für die Entwicklung und Reform des internationalen Währungssystems, Wissenschaft und Technologie, Industrialisierung, Nahrungsmittel und Landwirtschaft, Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern sowie Umstrukturierung der wirtschaftlichen und sozialen Sektoren des UNO-Systems.

Die 7. Sondertagung nahm auch eine Resolution an, in der die Ansichten der "Gruppe der 77" bestätigt wurden.

Auch der chinesische Vertreter Huang-hua stellte sich voll hinter die Resolution der Sondertagung. Das Dokument bestätige die Prinzipien eines integrierten Warenprogramms und der Indexierung der Preise, welche die Verbesserung der Handelsbedingungen der Entwicklungsländer und die Stabilität und Erhöhung ihrer Einkommen aus dem Export zum Ziele haben.

Was den Bezug von Getreide anbelangt, so "treten wir entschieden gegen die Praktiken der Supermächte auf, Getreide als ein Mittel für die Kontrolle und Ausbeutung zu benutzen. Die Getreidereserven der einzelnen Länder sind ganz und gar ihre interne Angelegenheit. Die Bildung einer Weltgetreidereserve und

alle anderen international koordinierten Aktivitäten in der Getreidefrage müssen nach dem grundlegenden Prinzip der Respektierung der Souveränität aller Länder untersucht und beraten werden" (PRu 1975, Nr.39, S.21).

Die Entwicklungsländer müßten auch voll und effektiv an den Entscheidungen über die Angelegenheiten der internationalen Währung und der Reform der internationalen Finanzinstitutionen teilhaben.

Sodann wandte Huang-hua sich wieder dem chinesischen Lieblingsthema zu, nämlich dem Kampf gegen die beiden Supermächte, die auch bei der 7. Sondertagung wieder einmal alles getan hätten, um das neue Aktionsprogramm zu hintertreiben (Einzelheiten ebd.).

Der chinesische Außenhandelsminister Li Chiang warnt davor, daß die Länder der Dritten Welt darauf achten müssen, daß der Tiger nicht zur Hintertür hereinkomme, während der Wolf gerade zur Vordertür hinausgejagt werde. Li entwarf vor den Delegierten ein Bild, wonach die USA einen zähen vergeblichen Kampf für die Beibehaltung des freien Unternehmertums und der Wirtschaftsmonopole führten, den die Sowjetunion dazu ausnütze, um in den Ländern der Dritten Welt ihren Einfluß auszuweiten und ihr "sozialimperialistisches Ausbeutersystem" nach dorthin zu übertragen. Die Staaten der Dritten Welt müßten sich auf sich selbst verlassen, um Armut und Rückständigkeit abzubauen. Das bedeute jedoch keineswegs, daß sie sich isolieren und Hilfe von anderen Ländern zurückweisen sollten. Die Industriestaaten dürften aus ihren Verpflichtungen gegenüber den armen Ländern nicht entlassen werden, wozu u.a. auch die Gewährung von billigen und zinslosen Darlehen und "nötigenfalls" auch die Streichung von Schulden gehöre.

(20) Sihanouk spricht vor der UNO-Vollversammlung mit "chinesischer Zunge"

Am 6. Oktober hielt Sihanouk zum erstenmal in seiner Eigenschaft als formeller Staatschef des neuen Kambodscha eine Rede vor der UNO-Vollversammlung, in der er zunächst alle von der Lon Nol-Regierung getroffenen Akte ("Republik Khmer") für null und nichtig erklärte. Sihanouk wies zunächst darauf hin, daß die USA 2 Mrd. US \$ zur Vernichtung Kambodschas aufgewendet hätten, um ihrer "imperialen Krone" ein weiteres Juwel hinzuzufügen und Südostasien in einen neuen Militärstützpunkt zu aggressiven Zwecken umzuwandeln. Das neue Kambodscha sei seit dem Sieg der Volksstreitkräfte in eine umfassende Aufbauphase eingetreten, an deren Ende die Überwindung der Unterentwicklung stehen solle. Die neue Gesellschaft sei auf der Basis einer echten Volksdemokratie entstanden. Außenpolitisch trete das neue Regime für Neutralität und Blockfreiheit ein. Sihanouk interpretierte diese Blockfreiheit allerdings nicht wertneutral, sondern als "anti-imperialistisch". Vor allem bezog er engagiert gegen die amerikanische Haltung in der Korea-Frage (Sihanouk war mehrere Monate Gast bei Kim Il Sung in Pyongyang) und in der Nahostfrage Stellung. Fünf Jahre Aufenthalt in Peking sind auf seine Argumentationsweise nicht ohne Einfluß geblieben.